



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 19.7.2006
SEK(2006) 965

ARBEITSDOKUMENT DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN

Anhang zur

MITTEILUNG DER KOMMISSION

**über politische Prioritäten bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung von
Drittstaatsangehörigen**

ZUSAMMENFASSUNG DER FOLGENABSCHÄTZUNG

{KOM(2006) 402 endgültig}
{SEK(2006) 964}
{SEK(2006) 1010}

Federführende Generaldirektion: GD Justiz, Freiheit und Sicherheit

Arbeitsprogramm: 2006/JLS/005

ZUSAMMENFASSUNG

Die illegale Einwanderung in die EU stellt eine **Herausforderung vor allem für die Glaubwürdigkeit der gemeinsamen europäischen und der einzelstaatlichen Einwanderungspolitik** dar. Deshalb haben der Rat und die Kommission in den letzten Jahren wiederholt unterstrichen, wie wichtig geeignete Gegenmaßnahmen sind.

Da es sich um eine Herausforderung großen Ausmaßes handelt, wird ein **umfassender Ansatz** verfolgt, der alle Aspekte der Migrationskette erfasst wie Zusammenarbeit mit Drittländern, Grenzsicherung, Menschenhandel, Dokumentensicherheit, illegale Beschäftigung, Regularisierung und Rückführungspolitik.

Als problematisch gelten der anhaltende Druck der illegalen Einwanderung in die EU, die unausgewogene Verteilung der illegalen Einwanderung auf die Mitgliedstaaten, humanitäre Krisen, die Ausbeutung illegaler Einwanderer und verschiedene Push-Faktoren in den Herkunftsländern. Ebenso wird das Thema Subsidiarität behandelt.

Angesichts dieser Probleme sind die **Hauptziele der EU-Politik** darauf ausgerichtet, die illegale Einwanderung unter Wahrung der Grundrechte einzudämmen; humanitäre Krisen zu vermeiden und kriminelle Aktivitäten in Verbindung mit der illegalen Einwanderung zu unterbinden.

Um zu bewerten, wie diese Ziele erreicht werden können, werden für jeden Aktionsbereich **mehrere Optionen ermittelt** und untersucht, welche **Wirkungen** sich auf die illegale Einwanderung, kriminelle Aktivitäten im Zusammenhang mit der illegalen Einwanderung, die Grundrechte, die EU-Politik sowie die Herkunfts- und Drittländer ergeben können. Aus Gründen der Proportionalität handelt es sich um eine vorläufige Bewertung.

Anschließend wurden die **Maßnahmen ausgewählt, die** unter Wahrung der Grundrechte **sowohl wirkungsvoll den angestrebten Zielen dienen**, d.h. Eindämmung der illegalen Einwanderung und der Möglichkeiten für kriminelle Netze, daraus Profit zu ziehen, als auch **unter realistischen Gesichtspunkten kurz- oder mittelfristig realisierbar sind**.

In den Bereichen, in denen verschiedene Optionen zur Wahl standen, wurden schließlich folgende ausgewählt: **Außengrenzen:** verstärkter Einsatz biometrischer Daten (Option 2); **sichere Reise- und Identitätspapiere:** Ausarbeitung gemeinsamer Leitlinien (Option 2); **illegale Beschäftigung:** gezieltes Vorgehen gegen die Beschäftigung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (Option 2); **Regularisierung:** Wirkungsanalyse von Regularisierungsprogrammen (Option 2); **Rückführungspolitik:** weitere Intensivierung der Zusammenarbeit (Option 2); **Haftung von Beförderungsunternehmen:** Bewertung der angenommenen Maßnahmen (Option 2).